

Attac-Regionalgruppe Kassel

Pressemitteilung 16.6.2010

Zu "Bürger sollen sich an Werken beteiligen", HNA 14.6.2010

Bürgerbeteiligung an den Städtischen Werken Kassel - Ein Schritt vorwärts oder wieder eine Mogelpackung?

Dass sich die Frage eines Rückkaufs des Vattenfall-Anteils an den Kasseler Stadtwerken überhaupt stellt, ist dem anhaltenden und lauten Protest des Bündnisses "Privatisiert – ruiniert" in den Jahren 2006/2007 zu verdanken. Als Reaktion darauf fiel das sogenannte "Bieterverfahren" zu einem Verkauf weiterer Anteile der Städtischen Werke Aktiengesellschaft im September 2007 im Stadtparlament durch.

Ein Verkauf der Vattenfall-Anteile an die Thüga, einem Zusammenschluss von Stadtwerken und regionalen Energieversorgern, bedeutet zunächst nur, dass die Gewinne aus Strom und Gas nicht mehr einen Energiekonzern mästen, der mehr Geld in seine Imagepflege als "Grünstrom-Versorger" steckt als in die tatsächliche Verwirklichung und weiterhin die Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken und den Neubau von Kohlekraftwerk-Dreckschleudern betreibt (genauso wie auch die deutschen Konzerne Eon, RWE und EnBW).

Aber auch die Thüga ist eine Aktiengesellschaft; und diese hat nicht die Aufgabe, umweltbewußt und sozial zu wirtschaften, sondern für die Aktionäre einen höchstmöglichen Gewinn einzufahren, also letztlich für die beteiligten Städte. Wird durch eine ökologische Ausrichtung des Konzerns der Profit geschmälert, kann jeder Aktionär gerichtlich durchsetzen, dass ökologisches Wirtschaften unterbleibt. Beispiele dafür gibt es genug. Sowieso betrachten die Finanzchefs der Städte angesichts klammer Kassen ihre Stadtwerke zunehmend als Melkkühe.

Anlagen vor Ort sind die Alternative zur Politik der Energiemonopole. Hier sein Geld zu investieren in effiziente Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen und erneuerbare Energien ist richtig. Das dort investierte Geld fördert auch den Wohlstand in der Region.

Bürgerbeteiligung an den Städtischen Werken über eine Genossenschaft klingt gut, aber die beteiligten Bürgerinnen und Bürger können weder über die Energiepolitik eines als Aktiengesellschaft oder GmbH privatrechtlich organisierten Stadtwerkes bestimmen noch über die Millionenbeträge, die in den Kassen des städtischen Unternehmens verschwinden, sondern lediglich über die Dividende der Genossenschaft. Eine Kontrolle des Konzerns durch einen Bürgervertreter ist eine Illusion; auch er wäre zur Geheimhaltung verpflichtet. Damit ist Transparenz, also Öffentlichkeit, nicht möglich.

Bislang haben sich die Städtischen Werke Kassel nicht gerade hervorgetan mit dem Bau von Anlagen für erneuerbare Energien vor Ort; jeder kleine Schritt in diese Richtung musste mühsam erkämpft werden.

Erst wenn die Stadt Kassel den Bürgerinnen und Bürgern tatsächlich Transparenz, demokratische Kontrolle und eine ökologisch-soziale Energiepolitik garantiert, wäre der Appell zur Bürgerbeteiligung an den Stadtwerken mehr als nur neue Melkkühe zu organisieren.